Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 64 (1970)

Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : Deutschland : Der Krampf löst sich ; Neue Gruppierungen ; Die Universitätsreform als Symbol ; Struktur des Kapitalismus kaum verändert ; Deutschland und die USA ; Die USA - innen- und aussenpolitisch ; Verworrene Situation im Nahen Osten...

Autor: Geiss, Imanuel

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141708

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Im Schlusswort hebt der Verfasser die vielen positiven Errungenschaften hervor, die die Kommunistische Partei dem chinesischen Volk gebracht hat, und wertet auch die häufigen Schwenkungen in Politik und Taktik der Partei als Offenheit zu Selbstkritik und Berichtigung gemachter Fehler. Es ist tatsächlich imponierend, wie rasch in diesem grossen Land jeweilen falsche Massnahmen korrigiert oder rückgängig gemacht wurden, wie etwa im *grossen Sprung vorwärts.* Deshalb glaubt Houn, dass es Mao und seinem mutmasslichen Nachfolger Lin Piao auch weiterhin gelingen wird, ihre Pläne durchzusetzen. Er lehnt die weitverbreitete Auffassung ab, nach welcher die Führer in Peking einsichtslose Fanatiker sind. Es bestehe wenig Grund für die Annahme, das kommunistische China werde im Laufe der kommenden Jahre jene Geduld und Vorsicht aufgeben, die sein Verhalten gegenüber dem Ausland seit 1949 gekennzeichnet habe. Die grossen Leistungen, die dem chinesischen Volk seit 1949 mehr Lebensmöglichkeiten gebracht und es aus der Sklaverei der Naturgewalten befreit haben, werden für andere Entwicklungsländer ein Ansporn sein, ihre Völker zu bilden, Krankheiten und Seuchen auszumerzen, wissenschaftliche, technische und industrielle Fähigkeiten zu entwickeln. Wenn ihr Weg auch nicht unbedingt der chinesische sein wird, können sie doch aus dem Beispiel Mut schöpfen und in ihrem Selbstvertrauen bestärkt werden, dass es auch ihnen gelingen könnte, unabhängig und selbständig zu werden.

Durch ein achtseitiges Register wird das Buch auch zu einem eigentlichen Nachschlagewerk. So ist es dem Leser möglich, auf die vielen chinesischen Namen, die ihm nur zum kleinsten Teil geläufig sind, zurückzugreifen und so den «Bekanntenkreis» ein wenig zu vergrössern. *B. W.*

WELTRUNDSCHAU

Dezember 1969

Der Rückblick auf den letzten Monat eines Jahrzehnts kommt notwendig als eine Nachlese zum umfassenden Jahresrückblick, und es ist gar nicht gesagt, dass dabei etwas Vernünftiges herauskommt. Andererseits bietet er die Chance zu ergänzenden Nachträgen, soweit sich die grossen Tendenzen des vergangenen Jahrs auch im letzten Monat in vielfältiger Form manifestierten.

Deutschland: Der Krampf löst sich

Es wird hoffentlich nicht als Zeichen deutscher Bauchnabelschau gewertet, wenn der Bericht diesmal die im letzten nur knapp gestreifte deutsche Problematik zuerst wieder aufgreift und diesmal etwas mehr im Detail ausführt. Wie viel in der Bundesrepublik seit dem 28. September 1969 in Bewegung geraten ist, beweisen vor allem die Vorgänge um das deutsch-polnische Verhältnis und die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Jahrzehntealte Ladenhüter des innerdeutschen Kalten Krieges, eines bundesdeutschen Neo-Chauvinismus und innerdeutschen Klassenkampfs gehen allmählich über Bord. Bis ins Deutsche Fernsehen ist mit der Feststellung von Dieter Gütt in seinem Jahresüberblick die schlichte Tatsache eingedrungen, dass das Heilige Römische Reich Deutscher Nation ebenso tot ist wie das Bismarckreich (vom Dritten ganz zu schweigen). Unter dem Druck einer überwiegend nüchtern, nicht- bis anti-chauvinistisch denkenden jungen Ge-

neration richtet sich jetzt wenigstens der liberal-sozialdemokratische Flügel der regierenden Oligarchie auf ein realistischeres Verhältnis zu den Nachfolge-Konsequenzen aus dem vom Deutschen Reich begonnenen, schmählich geführten und zu Recht verlorenen Zweiten Weltkrieg ein. Wofür die vielgelästerten «Intellektuellen» der Bundesrepublik über ein Jahrzehnt lang geschmäht wurden, scheint sich offenbar zum Programm der neuen Bundesregierung zu mausern: Anerkennung der DDR und der Oder-Neisse-Grenze als Minimalvoraussetzung zur Gewinnung einer friedlichen Zukunft für die Deutschen und für Europäer.

In der Ostpolitik scheint sich – nach der Erstarrung fast eines Vierteljahrhunderts – aus der Logik der deutschen Frage und der neuen Konzeption, die die sozial-liberale Koalition angekündigt hat, endlich der Krampf des Kalten Krieges zu lösen. Die Regierung Brandt liess die Anfrage Ulbrichts an Heinemann nicht unbeantwortet und steuert offenbar auf den längst überfälligen Dialog mit Ost-Berlin zu. Nach den kühnen Worten des Bundestagswahlkampfes sah es anfangs so aus, als wollte der FDP-Aussenminister Scheel sich doch noch um die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze drücken, aber die Polen haben noch einmal unmissverständlich klargemacht, dass ohne eine solche Anerkennung die Aufnahme von Beziehungen nicht zu haben ist. Jetzt müssen SPD und FDP sich endgültig klar werden, ob sie diese Konsequenz auch wirklich wollen. Vermutlich fällt die Operation «Wie sag ich's meinem Kinde?» gar nicht so schwer, weil durch die fortschreitende Politisierung in der bundesdeutschen Gesellschaft die Bereitschaft zur Anerkennung der Realitäten in der Welt grösser denn je geworden ist. Vielleicht wird die CDU/CSU nicht viel mehr als Nachhutgefechte liefern, um den Anschluss an die neuen Tendenzen nicht zu verpassen. Die Stunde der Entscheidung wird für die CDU/CSU zugleich auch zur Bewährungsprobe werden, denn die Partei wird sich dann endgültig entscheiden müssen, ob sie nach Aussen wie nach Innen eine Partei zu sein wünscht, die sich stärker nach Rechts oder nach Links orientieren will. So steht die CDU/CSU in der Opposition vor dem Dilemma, sich entweder nach der einen oder der anderen Richtung zu profilieren, mit dem Risiko, die jeweilige Minderheitsfraktion durch Abspaltung zu verlieren, oder sich weiterhin an die Fiktion der allseligmachenden «Volkspartei» zu klammern, mit der Aussicht, in stagnierende Paralyse zu verfallen, da sie es nicht jedem recht machen kann.

Neue Gruppierungen

Noch hält sich die bei den Bundestagswahlen wenigstens indirekt geschlagene Nationaldemagogie alten Stils in der CDU/CSU, jetzt bereichert um eine neue Variante ihrer alten Sozialdemagogie, seitdem sie sich in der ungewohnten Rolle als Opposition wiederfindet, und das Ringen ist wegen der permanenten Krise in der FDP längst noch nicht entschieden. Ein offenes Auseinanderbrechen der FDP in eine nationalkonservative Gruppe, die sich vermutlich über kurz oder lang der CDU/CSU anschliessen dürfte, wie jetzt schon einzelne FDP-Funktionäre in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern, und eine links-liberale bis radikaldemokratische Gruppierung, die

eher zur SPD oder sogar links von ihr tendiert, könnte tiefgreifende innere Rückwirkungen auf die Bundesrepublik haben.

Vermutlich stehen wir vor einer radikalen Umgruppierung der Parteien. Sinnvoll und logisch wäre die Bildung von vier, etwa gleichstarken Blöcken, einer nationalkonservativen Partei (NPD, CSU, rechter Flügel CDU, rechter Flügel FDP), einer gemässigt konservativen Partei (Mitte CDU/CSU und rechter Flügel der SPD, vor allem Flüchtlingsvertreter, aber auch Helmut Schmidt, Georg Leber, Kurt Neubauer, Berlin, usw.), einer christ-sozial-liberal-demokratischen Partei (Mitte der SPD, linker Flügel der CDU, Mitte bis Teile des linken Flügels der FDP) und eine sozialistische Partei (junge Linke der SPD, vor allem Jungsozialisten und sozialistische Studenten, entsprechender Flügel der FDP, vor allem Jungdemokraten, und gemässigte Teile der APO, der ausserparlamentarischen Opposition). Die Alternative wäre eine erneute Petrifizierung des gegenwärtigen Parteiensystems einerseits und die Entwicklung einer wirklichen revolutionären Oppositionsbewegung im Untergrund anderseits, vorbereitet durch die Verweigerung oder zu späte Gewährung einer umfassenden Amnestie für Demonstrationstäter seit der Bildung der Grossen Koalition.

Das innerparteiliche Gären hat sich mit dem Münchner Kongress der Jungsozialisten und dem Durchbruch einer offen linkssozialistischen Führungsschicht an der Spitze wie in fast allen Bezirken nunmehr auch in der regierenden SPD stärker denn je bemerkbar gemacht. Zusammen mit ähnlichen, teilweise noch radikaleren Strömungen bei den Jungdemokraten, der Jugendorganisation der FDP, ergeben sich neue Perspektiven für die 70er Jahre.

Die Universitätsreform als Symbol

Die Oeffnung nach dem Osten durch neue Kontakte mit Moskau, mit Warschau und Ost-Berlin, aber auch der Fortgang der revolutionären Bewegung in der Welt dürften weiterhin die innerdeutsche Situation beeinflussen. Stärker denn je werden die Universitäten auf die Gesellschaft zurückstrahlen, weniger spektakulär als 1967/68, jetzt stärker durch wissenschaftliche Leistungen und politische Aktivitäten einer seit 1966 zusehends politisierten jungen akademischen Generation. Aeusseres Symbol ist die Wahl eines Assistenten in Berlin und Hamburg als Universitätspräsidenten nach den neuen Hochschulgesetzen. Mit der nun allmählich anlaufenden Hochschulreform bietet sich die Chance, so zeitraubend und mühsam der Prozess auch sein mag, die bisherige Diktatur der meist konservativ-reaktionären Ordinarien zu brechen und damit die Universität als Festung der Reaktion endgültig zu schleifen. Den Rückwirkungen der Entwicklungen an den Universitäten kann sich auf die Dauer keine Gesellschaft entziehen, zumal wenn sie sich demokratisch nennt. Im Kleinen ist der Prozess für den engeren Fachbereich des Berichterstatters – Geschichte, speziell Neuere Geschichte – gut zu beobachten: Das vergangene Jahrzehnt brachte, eingeleitet durch die sogenannte Fischer-Kontroverse um Deutschlands Anteil am und im Ersten Weltkrieg – eine erste Erschütterung der bisherigen borussisch-

reichspatriotisch-deutschnational-reaktionär-konservativ-liberalen Geschichtsideologie des deutschen Idealismus und Historismus, symbolisiert im Resignieren und Tod Gerhard Ritters (1967). An der Schwelle der 70er Jahre drängen nun allenthalb jüngere, modern denkende Kräfte in die Geschichtsschreibung, die die ältere Schule bald nur noch in das Gruselkabinett deutscher Historiographie verbannen werden. Und die politischen Konsequenzen sind unübersehbar, weshalb die Historiker-Zunft ihre Dogmen und Tabus so zäh verteidigte, so lange sie nur konnte.

Struktur des Kapitalismus kaum verändert

Die Krise an den deutschen Universitäten und Hochschulen ist jedoch nur ein Ausschnitt aus der grossen Gesamtkrise des deutschen Kapitalismus wie des Kapitalismus in der westlichen Welt überhaupt. So erfreulich die politische Entwicklung in der Bundesrepublik an der Oberfläche war und ist, so unmissverständlich ist herauszustellen, dass sich an der Gesamtstruktur des westdeutschen Kapitalismus natürlich noch nichts geändert hat. Die einheimische, deutsche Arbeiterschaft hat sich zwar gegenüber dem 19. Jahrhundert Rechte und einen Anteil am wachsenden Wohlstand gesichert, aber das Sub-Proletariat, das aus den Mittelmeerländern seit 1961 in die Bundesrepublik eingeströmt ist, sieht sich als «Gastarbeiter» der alten oft hemmungslosen und brutalen Ausbeutung ausgesetzt, wie gerade im vorweihnachtlichen Dezember-Monat durch mehrere Berichte in bisher noch nicht bekannten präzisen Details offenbar wurde: Schlechte, slumartige Wohnverhältnisse zu exorbitant überhöhten Preisen, Kinderarbeit, unzureichende Schulen usw. wie aus den Zeiten der klassischen Ausbeutung der einheimischen Arbeiterschaft vor über einem Jahrhundert – Erscheinungen, die sich überall in der westlichen Welt wieder antreffen lassen, wo ein fremdes Sub-Proletariat eine prekäre Existenz fristet – in ganz Westeuropa, einschliesslich England (Westinder und Pakistani) und Norditalien (Süditaliener), Israel (Araber) und die USA (Afro-Amerikaner, Mexikaner, Puerto Ricaner usw.).

Gegen die Unfähigkeit der herrschenden Generationen, die sich immer höher auftürmenden Probleme sinnvoll, konstruktiv und human zu lösen, wendet sich das Aufbegehren der jungen intellektuellen Generation besonders in den kapitalistischen Ländern, die wegen ihrer grossen ökonomischen und militärischen Macht auch eine besondere politische und moralische Verantwortung haben. Dass sich die deutsche junge Generation, seit Jahrzehnten Vorhut und Massenbasis der weltweiten Reaktion, nunmehr der insgesamt progressiven Weltbewegung angeschlossen hat, hat die herrschende Oligarchie in der Bundesrepublik so sehr verbittert, dass sie sich bisher allen Forderungen nach einer umfassenden Generalamnestie für Demonstrationstäter bis in den letzten Monat des Jahrzehnts hinein verschlossen hat.

Deutschland und die USA

Im Zuge der wachsenden Politisierung in der jungen deutschen Generation, vorangetrieben durch die grosse inneramerikanische Krise selbst, be-

ginnt sich auch das Verhältnis zu den USA immer schneller zu wandeln. Symbolisch dafür steht die Verwüstung des Amerika-Hauses in Frankfurt, nach 1945 einst eines der Zentren für die Demokratisierung der jungen deutschen Generation. Aus Zentren der «Re-Education» ist inzwischen das Symbol für eine kulturelle und politische Aggression durch die Vormacht des Kapitalismus geworden, der in Vietnam die destruktivste und inhumanste Demonstration seines wahren Charakters vorführt, die man sich nur vorstellen kann. Hier handelt es sich, ähnlich wie bei der prä-revolutionären «Umfunktionierung» der Freien Universität in West-Berlin, nicht um politische Undankbarkeit, sondern um eine Manifestation der Dialektik in der Weltgeschichte.

Die USA – innen- und aussenpolitisch

Im Dezember 1969 verliefen die amerikanischen Moratoriums-Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg zwar noch einmal zurückhaltend und ruhig, dafür machte sich aber die andere Zange des amerikanischen Dilemmas wieder unmissverständlich bemerkbar: Die Repressionskampagne gegen die organisierte Vorhut der «Black Power»-Bewegung, die «Black Panthers», erreichte mit den Morden an «Black Panther»-Führern in Chicago und dem Justizterror gegen Bobby Seale, ebenfalls in Chicago, einen neuen Höhepunkt.

Schon jetzt machen sich die aussenpolitischen Konsequenzen der innern Krise in den USA bemerkbar: Die USA versuchen, das Engagement in Vietnam rascher abzubauen, jedoch ohne die Intensität des Luftkrieges in Südostasien zu vermindern, eher im Gegenteil: Die Bombardements durch die strategische Luftflotte, die B-52, verstärkte sich eher noch in Südvietnam (das angeblich zu befreiende und zu beschützende), wurde stärker denn je im benachbarten Laos und scheint nun auch bald auf Thailand überzugreifen. Sollte die «Vietnamisierung» des Vietnamkrieges jemals Realität werden, so stünde Vietnam wieder an dem gleichen Punkt, als die USA 1964/65 eingriffen, mit dem Unterschied, dass die eigentliche Zerstörung Vietnams und die Vernichtung seiner Menschen durch konventionelle und chemische Waffen sowie schlicht durch die amerikanische Präsenz dazwischen liegt.

Verworrene Situation im Nahen Osten

Auch auf einem anderen Gebiet beginnen die USA ihr bisheriges Engagement spektakulär zu reduzieren – im Nahen Osten, genauer für Israel. Im Dezember 1969 zeichnete sich dort eine höchst widersprüchliche und verworrene Situation ab: Stärker als für den Aussenstehenden zunächst erkennbar war, hat sich die Wahl in Israel im Oktober 1969 mit der Regierungsbildung im Dezember 1969 als scharfer Rechtsruck ausgewirkt. Die chauvinistischen Rechtsparteien erhielten ein stärkeres Gewicht denn je zuvor, die ehemals linkssozialistische Mapam ist kaum noch mehr als ein schamhaftes Feigenblatt, von Aussenminister Ebban ganz zu schweigen, der immer weniger eine Alternative zum israelischen Chauvinismus repräsentiert. Die Politik der trutzigen Selbstzerstörung macht in Israel offenbar weiterhin Fort-

schritte. Die Entführung der fünf (bezahlten, aber von den Franzosen zurückgehaltenen) Schnellbote zu Heilig Abend unterstreicht nur den Willen der Israelis zur militärischen Selbstbehauptung ohne Rücksicht auf politische Kosten. Harte militärische Gegenschläge gegen die arabischen Staaten nach Aussen und immer weiter ausgreifende Kollektivstrafen gegen die arabische Bevölkerung nach Sabotage-, Widerstands- oder Terroraktionen nach Innen manövrieren Israel immer tiefer in eine politische Sackgasse. Die israelische Führung und die von ihr beeinflusste Mehrheit nimmt weder die Warnung des amerikanischen Rückzugs auf die Position einer bestenfalls wohlwollenden Neutralität im vergangenen Monat ernst, noch scheint sie bereit zu sein, die Perspektiven für eine politische, allseits annehmbare Lösung zu nützen, die sich aus dem Scheitern der arabischen Gipfelkonferenz von Rabat ergeben. Stattdessen scheint sich das offizielle Israel in eine Art «Welt-von-Feinden»-Stimmung hineinzusteigern, nach dem Motto eines jüngst in Israel populär gewordenen Lieds: «Die ganze Welt ist gegen uns. Mag die Welt zur Hölle gehen!» Die nach Aussen zur Schau gestellte Gleichgültigkeit gegenüber der Weltmeinung steht in merkwürdigem Gegensatz zur empfindlichen Reaktion auf noch so konstruktive Kritik an der israelischen Politik aus der Bundesrepublik. Sie wird allzu bequem, wenigstens in Gedanken, mit dem deutschen Antisemitismus und seinen Verbrechen assoziiert, so als ob nicht ähnliche und noch viel härtere Kritik aus Ländern und von Gruppen ohne antisemitische Tradition unrühmlichen Gedenkens käme, gar nicht zu reden von der grundsätzlichen Ablehnung des Staates Israel und des Zionismus durch Juden in aller Welt selbst. Das Ausscheiden des israelischen Botschafters in Bonn, Ben Nathan, der selbst zu den gemässigten Chauvinisten des rechten Mapai-Flügels gehört und deshalb den anti-israelischen Angriffen in der Bundesrepublik ein allzu leichtes Ziel bot, könnte vielleicht einen neuen Anfang setzen, frei von den Belastungen der Vergangenheit.

So scheint das offizielle Israel die Chancen, die sich zum Jahreswechsel 1969/70 zaghaft abzuzeichnen begannen, wieder einmal auszuschlagen, indem es sich auf seine militärische Stärke und die Schwäche der Araber verlässt, zur Verzweiflung anti-chauvinistisch eingestellter Israeli (auch die gibt es), die ihre Lage immer düsterer und pessimistischer beurteilen. Sie sehen weniger Aussicht denn je, in der sich verhärtenden Lage den konstruktiven Brükkenschlag zu den Arabern innerhalb wie ausserhalb Israels zu realisieren, von dem letzten Endes die gesicherte Existenz der Israeli in der Zukunft abhängen wird. Die Aufsplitterung der arabischen Front, nachdem sogar Nasser erkannt hat, dass er nur die Wahl zwischen einer politischen Lösung und einem militärisch vorläufig aussichtslosen militärischen Krieg hat, dürfte vermutlich in naher Zukunft durch die zum politisch bestimmenden Faktor aufsteigenden palästinensischen Widerstandsgruppen überwunden werden. Eine neue Phase zielbewusster und konsequenter arabischer Einheit aber dürfte den vierten arabisch-israelischen Krieg nur noch näherrücken. Israel mag ihn wieder militärisch gewinnen, aber politisch käme er einer neuen Niederlage gleich. Israel kann sich dann, unter dem Beifall der bundesdeutschen Springer-Presse, im Nahen Osten zu Tode siegen . . .

Wirtschaftlicher Aufstieg Japans: Wahlen bringen Rechtsruck

Einen scharfen Rechtsruck brachten auch die Parlamentswahlen im Dezember in Japan: Sowohl die konservativ-autoritäre Liberaldemokratische Partei unter Ministerpräsident Sato als auch die rechtskonservative buddhistische Partei gewannen erheblich, während die Sozialdemokratische Partei drastisch verlor. Das Ergebnis lässt sich als Bestätigung der japanischen Nachkriegspolitik bewerten, ähnlich wie die Bundesrepublik durch eine Politik der Wirtschaftsexpansion und der engen Anlehnung an die USA 1945 verlorenes politisches Terrain gleichsam hintenherum wieder zurückgewinnt. Der Aufstieg Japans zur zweitgrössten Wirtschaftsmacht der Welt im vergangenen Jahr, abgerundet durch die Zusage der USA, 1971 Okinawa wieder an Japan zurückzugeben (mit bestimmten militärpolitischen Kautelen), hat bereits die Grundlage für die Schaffung einer «asiatischen Wohlstandssphäre» unter japanischer Führung gelegt, die Japan vor einer Generation sich mit Waffengewalt vergeblich zu erringen suchte. Japans Wiederaufstieg unter konservativen Vorzeichen fällt mit dem amerikanischen Debakel in Vietnam zusammen, so dass Amerikas bevorstehender Rückzug ein Vakuum hinterlassen würde, das ein konservatives Japan mit einer parlamentarisch-demokratischen Fassade ausfüllen könnte, um die mehr oder minder reaktionären Regime rund um China, die bisher die USA ausgehalten hatten, nunmehr im Kampf gegen die soziale Revolution zu stützen. Hier zeichnen sich neue Verwicklungen im kommenden Jahrzehnt ab, ein neuer «Polyzentrismus» im Lager des Imperialismus und Kapitalismus, bedingt durch die sich verstärkende innere Paralyse der USA.

Für Europa dagegen bedeutet es einen Glücksfall, dass im gleichen Augenblick, da die Bundesrepublik ökonomisch und politisch die analoge Funktion übernehmen könnte, der innere Demokratisierungsprozess endlich nichtchauvinistische Kräfte an die Regierung gebracht hat, die den Deutschen die dritte (und vermutlich letzte) Versuchung der Hegemonialrolle in Europa ersparen können. So scheint sich Ende 1969 der bisher so parallele Entwicklungsweg Japans und Deutschlands über ein Jahrhundert weg endlich zu trennen, vielleicht weil die Deutschen schon zweimal in das gleiche verheerende Stahlbad gestiegen sind, die Japaner aber erst einmal.

Die Entwicklung Italiens

Aehnlich scheint die mit Deutschland in vielen Punkten parallele Entwicklung Italiens Ende 1969 ihre eigenen Wege zu gehen, innenpolitisch mehr griechische Zustände ansteuernd. Die grossen Streiks und Bombenattentate in Italien kurz vor Weihnachten sind Ausdruck der inneren Spannungen, die sich aus dem ungleichmässigen Wachstum ergeben, ungleichmässig in doppelter Beziehung – ökonomisch zwischen dem industrialisierten Norden und dem weiter zurückbleibenden Süden, ferner zwischen der ökonomischen Basis und dem politisch-ideologischen Ueberbau. Die innere Zersetzung fast aller Parteien, aber auch das Gezerre um die endlich eingeführte Ehescheidungsgesetzgebung lassen erkennen, wie fast hoffnungslos

antiquiert die soziale und politische Struktur Italiens ist, verglichen mit seiner modernen Industrie wenigstens Norditaliens. Andererseits hat Italien Griechenland das historische Erlebnis eines typprägenden Faschismus voraus, der immerhin zwei Jahrzehnte vorhielt, so dass der Versuch eines Staatsstreichs à la Griechenland vermutlich eher einen heftigen Bürgerkrieg auslösen würde als die passive Hinnahme eines erneuten Faschismus, wenn auch vielleicht «ziviler» Art.

Das Gesetz über die Ehescheidung in Italien war zugleich eine weitere Niederlage der katholischen Kirche, die sich in dieser Frage besonders energisch engagiert hatte. Damit zerbröckelt auch die italienische Basis der römischen Kirche zusehends, nachdem die grosse revolutionäre Krise der 60er Jahre auch die Kirchen, katholische wie protestantische, nicht verschonte. In der Bundesrepublik wurden die Konservativen über die hohen Austritte aus der Evangelischen Kirche erschreckt. Dem entsprach die revolutionäre Aktivität katholischer Priester in den städtischen Guerillabewegungen Lateinamerikas und in der Opposition Spaniens. Die Kirchen, einst wichtigstes Disziplinierungs- und Stabilisierungsinstrument der herrschenden Klassen, sehen sich nun ihrerseits in die Dialektik des revolutionären Prozesses gestürzt, und schon drohen, wenigstens in der Bundesrepublik, die Konservativen mit der Sezession, weil die Kirche in ihrer traditionellen Funktion zu versagen beginnt, ja ihrerseits revolutionären Strömungen Raum bietet. Fast zwei Jahrtausende nach der Bergpredigt sehen sich die Christen, die sich stolz als das «Salz der Erde» fühlten, plötzlich unversehens mit dem zweiten Teil der Verheissung konfrontiert: «Wo nun das Salz dumm wird, womit soll man's salzen? Es ist hinfort zu nichts nütze, denn dass man es hinausschütte und lasse es die Leute zertreten.» (Matth. 5,13). In den langen Jahrhunderten christlicher Herrschaft hat sich sehr viel Dummheit kumuliert, die uns jetzt allen auf den Hals kommt.

Imanuel Geiss

An unsere Abonnenten

Diesem Heft liegt ein Einzahlungsschein bei. Wir bitten Sie höflich um Überweisung des Abonnementsbetrages für 1970; jährlich Fr. 30.—, halbjährlich Fr. 15.—, vierteljährlich Fr. 7.50.

Aus technischen Gründen liegt der Einzahlungsschein der *ganzen* Inlandauflage bei. Für bereits bezahlte Abonnementsbeiträge herzlichen Dank.

Die Druckkosten sind wieder gestiegen. Wir müssen daher unsere Freunde und Abonnenten herzlich bitten, durch freiwillige Beiträge in den Betriebsfonds das Erscheinen der «Neuen Wege» weiterhin zu ermöglichen. Den bisherigen Spendern danken wir an dieser Stelle ganz herzlich für ihre Hilfe.